

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 20.06.2017,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Barbara Büscher Stadtlohn

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Heidi Buskase	Gronau	Vertretung für Gerhard Ludwig
Paul Lensing	Borken	Vertretung für Arno Berning
Manfred Mäteling	Isselburg	
Ulrike Nitsch	Vreden	
Stephanie Pohl	Gescher	
Sabrina Rottstegge	Südlohn	
Theo Sanders	Bocholt	
Birgit Schlautmann	Velen	
Martina Schrage	Legden	
Christel Wegmann	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	
Andreas Wethmar	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	
Karin Ostendorff	
Annette Scherwinski	
Ruth Weddeling	
Susanne Lökes	
Reinhild Wantia	
Katharina Schulenborg	Schrifführung

Es fehlen entschuldigt:

Arno Berning	Raesfeld
Annette Demes	Ahaus
Gerhard Ludwig	Borken
Ralph Thiemann	Bocholt
Nicole Weidemann	Vreden

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet die Sitzung um 17.10 Uhr und begrüßt die Erschienenen.

Im Rahmen einer Schweigeminute wird des am 06.06.2017 verstorbenen ehemaligen Mitgliedes im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit Günter Zaborski gedacht.

Frau Büscher stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Tätigkeitsbericht der zuständigen WTG-Behörde (Heimaufsicht) für die Jahre 2015 und 2016**
Vorlage: 0168/2017/KREIS

Berichterstatte(r)in: Ruth Weddeling

Frau Weddeling berichtet anhand der Vorlage über die Tätigkeit des Kreises Borken als WTG-Behörde. Auf zwei Rechenfehler unter den Punkten 2.2.1 und 2.2.5 wird hingewiesen. Die korrigierte Vorlage ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Punkt 2: Jahresbericht Soziales 2016
Vorlage: 0170/2017/KREIS

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Frau Ostendorff präsentiert den Jahresbericht Soziales als ein der Öffentlichkeit jährlich zur Verfügung gestelltes Nachschlagewerk. Bezüglich Frau Welpers Frage nach der Differenzierung zwischen männlichen und weiblichen Beziehern/-innen von Grundsicherungsleistungen sind der Niederschrift als **Anlage 2** die entsprechenden Zahlen beigefügt. Auf Herrn Wethmars Frage nach Gründen für steigende Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung entgegnet Frau Ostendorff, dass hierfür sowohl im Bereich der Grundsicherung im Alter als auch bei Erwerbsminderung vielfältige Ursachen bestünden und es sich um eine bundesweite Entwicklung handle.

Punkt 3: Umsetzung des SGB II: Jahresbericht 2016
Vorlage: 0167/2017/KREIS

Berichterstatte(r)in: Susanne Lökes

Frau Lökes fügt zum vorliegenden Jahresbericht SGB II hinzu, dass dieser den starken Einfluss der Fluchthematik (u.a. im Bereich der steigenden Kosten der Unterkunft) widerspiegelt.

Punkt 4: Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
Vorlage: 0166/2017/KREIS

Berichterstatte(r)in: Susanne Lökes

Frau Wantia gibt in Ergänzung zur Vorlage weitere Informationen über die gesundheitliche Beratung als neue Aufgabe des Fachbereichs 53 aufgrund des neuen Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG NRW), welches einerseits der besseren Regulierung und andererseits dem Schutz der Prostituierten diene. Sie weist auf den Abschlussbericht des Landes NRW aus dem Jahr 2014 hin, der zu dem Thema einen sachlichen Überblick gebe (https://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/emanzipation/frauen/RTP_Abschlussbericht.pdf).

Während für Prostituierte trotz der Anmeldepflicht weiterhin Erlaubnisfreiheit bestehe, müssten Prostitutionsgewerbe nunmehr eine ordnungsbehördliche Erlaubnis einholen. Die Beratungsgespräche seien für unter 21-Jährige zweimal jährlich und für über 21-Jährige einmal jährlich vorgeschrieben.

Aus einem Bericht des Landes lasse sich annäherungsweise eine Größenordnung von 350 bis 400 Prostituierten im Kreis Borken ableiten. Die Aidshilfe Westmünsterland habe bisher in Kontakt zu etwa 70 bis 80 Prostituierten gestanden. Den Ordnungsbehörden seien kreisweit 13 Betriebe bekannt, die ein entsprechendes Gewerbe betreiben. Frau Wantia weist auf die Übergangsfrist für bereits tätige Prostituierte bis zum 31.12.2017 hin. Bezüglich des praktischen Prozederes hätten Vertreter der FB 32 und 53 des Kreises Borken eine Veranstaltung des zuständigen Ministeriums besucht. Gegen Jahresende sei eine Fachtagung geplant, die einen ersten Überblick über die Umsetzung des Gesetzes für die Akteure der Ordnungsbehörden, Polizei und Politik vermitteln solle.

Frau Wantia kritisiert, dass der neue § 10 ProstSchG im Widerspruch zu den bisher nach § 19 Infektionsschutzgesetz möglichen anonymen Beratungen und Untersuchungen bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten stünde. Das Beratungsspektrum der Aidskoordinationsstelle des Kreises Borken solle daher hinsichtlich kostenloser HIV- und Syphilistests für diese Zielgruppe erhalten bleiben.

Auf Frau Schrages Frage nach der Erreichbarkeit der Betroffenen wird verwaltungsseitig erwidert, dass neben der herausgegebenen Pressemitteilung des Kreises Borken sich die Neuerungen bereits im Gewerbe herumgesprochen hätten und erste Anfragen von Gewerbetreibenden beim Kreis Borken eingegangen seien. Kreisdirektor Dr. Hörster betont in diesem Zusammenhang die besondere Rolle der Sozialberatung, die gerade im Bereich von Migranten eine Zugriffsmöglichkeit darstelle. Frau Welper bringt die AIDS-Hilfe als weitere Zugangsmöglichkeit ein. Frau Scherwinski hält niedrigschwellige Beratung für notwendig, um trotz oft unbekannter Etablissements Vertrauen zu schaffen.

Auf Frau Rottstegges Frage nach ordnungsbehördlichen Kontrollen durch den Kreis Borken erklärt Frau Scherwinski, dass neben der gesundheitlichen Beratung durch den FB 53 die ordnungsbehördliche Beratung und Begleitung durch den FB 32 stehe. Von dort aus würden dann auch anlassbezogene Kontrollen bei angemeldeten und nichtangemeldeten Betreibern durchgeführt werden und ordnungsbehördliche Maßnahmen wie die Verweigerung von Konzessionen getroffen.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Schuldnerberatung

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Bei ersten Gesprächen im Nachgang zum neuen Erfassungssystem für Fälle der Schuldnerberatung sei eine Fallzahlsteigerung festgestellt worden, für die die derzeit budgetierten Mittel nicht ausreichend sein würden. In weiteren Gesprächen mit der Schuldnerberatung müsse nun evaluiert werden, ob dies tatsächlicher Mehrarbeit oder einem statistischen Effekt geschuldet sei.

Punkt 7.2: Hörberatung

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Aufgrund von Einsparungen im Personalbereich habe die PariSozial Münsterland GmbH mitgeteilt, dass nur noch 29.640 € des im Haushaltsplan veranschlagten Budgets von 38.000 € für die Hörberatung benötigt würden.

Punkt 7.3: Bundesteilhabegesetz

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Bezüglich des Inkrafttretens der nächsten Stufe des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2018 warte man derzeit auf ein Signal des Landes NRW, da insbesondere die Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen LWL als überörtlichem Sozialhilfeträger und weiteren den Kreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Sozialhilfeträgern noch ungeklärt sei.

Punkt 7.4: Kommunale Konferenz Alter und Pflege

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Bei der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege, die am 10.05.2017 beim Kreis Borken stattgefunden hat, sind gemäß Frau Ostendorff insbesondere der Neubau eines Pflegeheims mit 54 Plätzen in Velen, der Neubau des St. Ludger Senioren- und Pflegezentrums in Vreden sowie weitere Plätze in Tagespflegeeinrichtungen thematisiert worden.

Punkt 7.5: Jugendberufsagentur

Berichterstatte(r)in: Susanne Lökes

Frau Lökes berichtet über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Kreis Borken. Anfang des Jahres 2017 hätten die Agentur für Arbeit Coesfeld, das Jobcenter im Kreis Borken und die fünf Kreisjugendämter hierzu eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Diese verfolge insbesondere das Ziel, Schnittstellen zwischen den Rechtskreisen SGB II, III und VIII zu harmonisieren und so die Förderung der Jugendlichen zu optimieren. Die inhaltliche Ausgestaltung solle zur Gewährleistung eines größeren Einzugsbereichs modellhaft an der Region Borken erprobt werden, wozu am 13.07.2017 ein erstes Arbeitstreffen stattfinde.

Punkt 7.6: SGB II-Vergaben 2017

Berichterstatte(r)in: Susanne Lökes

Frau Lökes informiert über die Vergabeentscheidungen im SGB II im Jahr 2017. Die ausführlichen Daten sind der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt. Kreisdirektor Dr. Hörster hebt hervor, dass genügend finanzielle Ressourcen für Maßnahmen vorhanden seien und niemand hinter bestimmten Gruppen zurücktreten müsste. Ganz im Gegenteil kämen aufgrund der hervorragenden Arbeitsmarktsituation einige Maßnahmegruppen gar nicht bzw. nur kreisgebiet- und rechtskreisübergreifend zustande. Auf Frau Büschers Frage nach der Möglichkeit von längerfristigen Vergaben von wiederkehrenden Maßnahmen, erklären Frau Lökes und Kreisdirektor Dr. Hörster, dass dies für die Zukunft geprüft werde. Häufig hätten Anbieter ohnehin eine „Monopolstellung“, da hinsichtlich der Maßnahmen kein großer Angebotswettbewerb bestehe. Ständige Wechsel von Anbietern und Personal seien in Bezug auf die Qualität der Maßnahmen auch nicht zielführend.

Punkt 7.7: Krankenhausbedarfsplanung

Berichterstatterin: Annette Scherwinski

Bei der Krankenhausbedarfsplanung hinsichtlich neonatologischer Zentren sei Coesfeld als Level-1-Zentrum eingestuft worden, Bocholt jedoch nicht berücksichtigt worden. Die Behandlung von Frühgeborenen mit einem Gewicht über 1500g sei in Bocholt jedoch möglich.

Im Bereich der somatischen Bettenstruktur seien die Verhandlungen mit den Krankenkassen im Dissens abgeschlossen worden. Die Kommunale Gesundheitskonferenz habe zum Bericht der Bezirksregierung Münster eine Stellungnahme abgegeben. Es zeichne sich ab, dass zumindest eine Erhöhung der Bettenzahl in der Inneren Medizin um 40-50 Betten nunmehr seitens der Bezirksregierung empfohlen wird. Eine Belegung dieser Betten mit geriatrisch erkrankten Patienten sei möglich.

Es wird auf die Podiumsdiskussion zur mangelnden Investitionsförderung von Krankenhäusern hingewiesen, die am 19.06.2017 im Kreishaus stattfand.

Die als Tischvorlagen ausgegebene Stellungnahme der Kommunalen Gesundheitskonferenz sowie ein Zeitungsartikel über die Veranstaltung am 19.06.2017 sind der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.

Punkt 7.8: Selbsthilfekontaktstelle

Berichterstatterin: Annette Scherwinski

Frau Scherwinski informiert über die Eröffnung der Paritätischen Selbsthilfe-Kontaktstelle der Kreise Coesfeld und Borken am 14.07.2017.

Punkt 7.9: Dritter Standort Arbeitstraining für psychisch Kranke

Berichterstatterin: Annette Scherwinski

Die Verhandlungen bezüglich eines weiteren Standorts in Zusammenarbeit zwischen der BBS und dem Wittekindshof sind laut Frau Scherwinski zunächst nicht erfolgreich gewesen, da der Zuschuss des Kreises Borken nicht auskömmlich sei. Es werde nun einen Antrag auf Mittel aus dem Europäischen Sozialhilfefond gestellt. Die Vorgespräche seien erfolgversprechend verlaufen.

Punkt 7.10: Impfberatung

Berichterstatterin: Annette Scherwinski

Frau Scherwinski berichtet über die verpflichtende Impfberatung des Fachbereichs Gesundheit nach § 34 Abs. 10a des Infektionsschutzgesetzes. Hiernach seien nun die Leiter der Kindertagesstätten verpflichtet, den unteren Gesundheitsbehörden die Eltern zu melden, die ihre Kinder nicht einer Impfberatung zugeführt hätten. Diese Vorschrift sei bußgeldbewährt. Der Fachbereich Gesundheit des Kreises Borken werde zunächst versuchen, in solchen Fällen die erforderliche Impfberatung nachzuholen.

Punkt 7.11: Benefizabend zugunsten der Krebsberatung Münster

Berichterstatterin: Annette Scherwinski

Auf den am 23.06.2017 in Ahaus stattfindenden Benefizabend zugunsten der Krebsberatung Münster wird hingewiesen.

Punkt 7.12: Regionale Planungskonferenz LWL

Berichterstatte(r)in: Karin Ostendorff

Frau Ostendorff gibt bekannt, dass am 28.06.2017 im Kreishaus die Regionale Planungskonferenz zur Eingliederungshilfe Wohnen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe stattfinden wird.

Punkt 8: Anfragen

Punkt 8.1: Projekt "Vollrausch ... ohne mich!"

Frau Welper erkundigt sich aufgrund von „Alkoholexzessen“ Jugendlicher am 1. Mai in Vreden über die Aktivitäten im Rahmen des Projekts „Vollrausch ... ohne mich!“. Frau Scherwinski erläutert, dass man sich neben den Jugendlichen auch an Erziehungsberechtigte und Verkäufer von Alkoholika als Zielgruppe richte. So seien beispielweise auf der Vredener Kirmes spezielle „Hotspots“ eingerichtet worden und auch die Karnevalsvereine hätten sich kooperativ in Bezug auf den Jugendschutz gezeigt.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18.55 Uhr.



Barbara Büscher
Vorsitzende



Katharina Schulenburg
Schriftführerin